# DIE LINKE. Sachsen
# Landesvorstand

**B 8 – 058**

## Leitantrag Landesparteitag

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 31. März 2022

| | |
|---|---|
| **Beschluss:** | Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, den Leitantrag an die 2. Tagung des 16. Landesparteitages einzureichen. |
| **Anlagen:** | Entwurf Leitantrag |
| **politische Botschaft:** | - |
| **Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** | Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de) |
| **weitere Maßnahmen:** | - |
| **Finanzen:** | - |
| **Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** | - |
| **Den Beschluss sollen erhalten:** | Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r |

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Einstimmig beschlossen.

F.d.R.

Dresden, 31.03.2022

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

# Parteireform: „Mit neuen Ansätzen zu alter Stärke“

## 1. Präambel – Strukturreform abschließen

DIE LINKE. Sachsen zieht aus den Wahlniederlagen von 2019 und 2021 und aus den strukturellen Veränderungen im Landesverband in den letzten 15 Jahren die nötigen Schlussfolgerungen und hat sich einem konsequenten Parteireformprozess verschrieben. Wir wollen unsere gesellschaftliche Verankerung überall in Sachsen wieder erhöhen, die eigene Schlagkraft und Handlungsfähigkeit stärken und die Fähigkeit steigern, gemeinsam, schnell und wahrnehmbar sozialistische und solidarische Antworten auf die politischen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Damit wollen wir nicht zuletzt Impulsgeber*in für ähnliche Prozesse unserer Gesamtpartei sein.

Um eine starke soziale und solidarische Kraft nach außen sein zu können, müssen wir nach innen über alle Gliederungen und Zusammenschlüsse hinweg stärker zusammenwachsen, unsere Fähigkeit inhaltliche Diskurse zu führen, Kompromisse zu finden sowie Entscheidungen im breiten Konsens zu treffen erhöhen und gleichzeitig unsere programmatische Pluralität als Wert und Chance begreifen.

Damit wir angesichts unserer sehr heterogenen aber insgesamt stark rückläufigen Mitglieder- und Ressourcenentwicklung, die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes insgesamt weiter erhöhen können, werden wir unter Berücksichtigung der Bedeutung und Stärken der jeweiligen Gebietsverbände, den solidarischen Ausgleich zwischen den Gliederungen unserer Partei auf finanzieller und personeller Ebene stärken. Außerdem werden wir den regelmäßigen Austausch sowie die Synergien zwischen den Ebenen und Gliederungen der Partei sowie zwischen den parlamentarischen Ebenen weiter ausbauen. Gleichzeitig entwickeln wir unsere innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse weiter und schaffen damit den Spagat zwischen mehr Beteiligung und Transparenz auf der einen und einer Reduktion von Ämtern, Mandaten und Sitzungen auf der anderen Seite.

Die Strukturreform, die wir als ersten großen Schritt unseres Parteireformprozesses noch in diesem Jahr abschließen wollen, verfolgt über das Genannte hinaus in erster Linie das Ziel, das politische Ehrenamt und dessen Wirken nach außen überall in unserem Landesverband zu stärken, die Attraktivität unserer Partei zu erhöhen und die Gewinnung und Einbindung neuer Mitglieder zu verbessern.

Die Strukturreform teilt sich derzeit in die zwei parallel bearbeiteten Komplexe der Struktur- und der Finanzdebatte, die wir bis zur nächsten Tagung des Landesparteitages zusammenführen und abschließen wollen. Dazu werden wir offene Entscheidungsfragen beider Debatten bis dahin weiter diskutieren, mögliche Antworten entwickeln und diese zur Beschlussfassung vorbereiten.

Im Anschluss an die Strukturdebatte startet der Landesverband mit der programmatischen Selbstverständigung und der inhaltlichen Vorbereitung der Wahljahre 2024/25, insbesondere dem Prozess zur Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für 2024.

## 2. Strukturelle Probleme und Schwächen im Landesverband – Strukturdebatte seit 2019

Die einen eilen von Beratung zu Beratung und besetzen mehrere Funktionen innerhalb der Partei.
Nicht aus Ämtergeilheit, sondern eher aus purer Not. Gleichzeitig haben wir viele neue Mitstreiter*innen und dafür kaum richtige Anlaufpunkte. Dort, wo diese fehlen, bleiben die Leute weg oder treten gleich wieder aus. Für viele, gerade für jüngere, sind Kommissionen, Vorstände usw. keine attraktiven Orte. So kommen die vielen Einzelnen nicht zusammen, sondern wenden sich enttäuscht von uns ab, während wir zusehen müssen, wie wir unsere Ämter nicht mehr

besetzen können und die verbleibenden Genoss*innen zunehmend in ein "Überlastungskoma" schicken. Wenn also die vorhandenen Strukturen die Einbindung nicht sichern können und gleichzeitig dieselben Strukturen den aktiven Genoss*innen immer mehr Arbeit aufhalsen, müssen diese Strukturen vorurteilsfrei überdacht werden.
In den vergangen zwei Jahren haben wir als LINKE herausfordernde Situationen in den Kreisverbänden feststellen können: Alterung und schwindende absolute Zahlen an Mitgliedern, Ämterhäufung bei wenigen Genoss*innen, unklare Nachfolge für Verwaltungsaufgaben wie Schatzmeister*innen und Geschäftsführung sowie neue digitale Chancen und Probleme. Obwohl sich unsere Mitgliederzahl seit 2007 fast halbiert hat, haben wir Delegiertenmandate, Gremien und unterstützende hauptamtliche Strukturen kaum angepasst, sind unsere vielen Termine und Beratungen gleichgeblieben. Ältere Konzepte, wie zur Mitgliederarbeit, konnten nie mit Leben gefüllt werden. Die Landesgeschäftsstelle konnte viele wegbrechende Kompetenzen der Kreisverbände auffangen, allerdings oft verbunden mit dem Verschleiß eigener personeller Ressourcen oder dem Wegfall anderer zukunftsweisender Aufgaben. Damit wollen wir Schluss machen.

Eine Binsenweisheit jedes Ehrenamtsmanagements lautet: "Ehrenamt braucht Hauptamt". Wir sind eine Mitgliederpartei, die in erster Linie von der aktiven Teilhabe der Mitglieder im politischen Ehrenamt lebt. Die Wahlergebnisse und inneren Veränderungen der letzten Jahre haben den Stellenwert und die Belastungen des politischen Ehrenamtes aber nochmals erhöht. Doch besonders dort, wo wir keine mit Genoss*innen besetzten Büros mehr haben, braucht es wieder eine flexible und professionelle Vor-Ort-Präsenz, um politisch zu arbeiten und Wahlkämpfe zu führen. Auch landesweit müssen wir für das Ehrenamt eine professionelle und arbeitsteilige Unterstützungsstruktur erhalten, die wie aktuell die Landesgeschäftsstelle ganz unterschiedliche Fachkompetenzen abbildet.

Um diese Probleme anzugehen, hat sich auf Beschluss des Landesparteitages vom Herbst 2019 ein Strukturplenum gebildet, in dem fast alle Kreisverbände aktiv beteiligt waren. In vielen gemeinsamen Beratungen zwischen Januar 2020 und Mai 2021 wurden dort unsere Strukturen und regional unterschiedlichen Problemlagen analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet. Ein pandemiebedingt leider nur unvollständig durchführbarer Reigen von Regionalkonferenzen im Herbst 2020 stellte eine breite Beteiligung von Parteibasis und Vertreter*innen aller Strukturebenen des Landesverbandes sicher und führte zu einer umfassenden Aufgabenkritik. Die aktuellen Schwächen und Überforderungen unserer Strukturen konnten so in bisher nicht erreichter Breite und Klarheit herausgearbeitet und veranschaulicht werden. Daraus entstanden viele Vorschläge für mögliche strukturelle Veränderungen, von denen einige in die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand im Juli 2021 eingebracht wurden, dort aber nur an wenigen Stellen eine Mehrheit gefunden haben. Dadurch konnten wir substantielle Anpassungen bisher nicht vornehmen, können aber an vielen Stellen an den reichen Fundus dieses Prozesses anknüpfen.
Im Dezember 2021 hat die Struktur-AG des Landesvorstandes den Faden der Strukturdebatte weitergesponnen, mit vielen Kreisvorständen und anderen Gliederungen Gespräche geführt, begonnen einige blinde Flecken der bisherigen Strukturanalyse zu erhellen und bisher fehlende konkrete Stellschrauben für Anpassungen zu suchen.

## 3. Stadt, Land, Fluss - Politische Arbeit vor Ort solidarisch gestalten

„Aus meiner Sicht geht es nicht um mangelnde Ostkompetenz, sondern darum, wie die Linke mit der demografischen Entwicklung umgeht.“ Horst Kahrs benennt nach der Bundestagswahl 2021, mit dem Hinweis auf den tiefgreifenden Transformationsprozess in dem sich die ostdeutsche Linke seit Jahren befindet und in Größenordnungen langjährige Mitglieder und Wähler*innen verliert, die wirkliche Herausforderung einer Linken, die um ihre Existenzberechtigung kämpft. Denn trotz der politischen Bedeutung der kreisfreien Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz, etwa wegen ihres stärkeren sozialökologischen Milieus oder einer vergleichsweise größeren sowie durchschnittlich jüngeren linken Mitgliedschaft muss immer wieder betont werden: 65 %

der etwas über 4 Millionen Sächs*innen leben in den zehn Landkreisen. Hier werden linke Politikangebote auf ihre landesweite Praxistauglichkeit abgeklopft, insbesondere auf das grundgesetzlich garantierte Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Hier entscheidet sich deshalb, ob die Linke wieder zu einer „Volkspartei“ im besten Sinne mit entsprechenden Wahlerfolgen wachsen kann.
Diese Herausforderung ist gleichermaßen eine inhaltlich-programmatische wie eine strukturelle, weil die Linke dafür ihr eigenes innerparteiliches Stadt-Land-Gefälle weitgehend auflösen muss – angefangen bei der Verteilung von materiellen Ressourcen bis hin zu Mitwirkungsrechten der Mitglieder.
Das meint: Die objektiv vorhandenen und weiter wachsenden Nachteile der politischen Arbeit im ländlichen Raum müssen so weit wie möglich solidarisch ausgeglichen werden durch Anpassungen in landesparteilichen Regularien und Finanzbeziehungen. Insofern zielt jede Maßnahme der Professionalisierung von notwendiger Verwaltungsarbeit allein auf die Stärkung von innerparteilichen Mitwirkungsrechten durch die spürbare Entlastung nicht nur, aber besonders mitgliederschwacher Kreisverbände von organisatorischer Hintergrundarbeit.

## 4. Solidarische Neuordnung der Finanzströme im Landesverband

Eine nachhaltige Neuaufstellung des Landesverbandes geht angesichts auch schwindender finanzieller Ressourcen nur mit einer Neuordnung der Finanzströme. Deshalb arbeiten wir weiter an einem Finanzkonzept, das die Ressourcenverteilung nicht auf prozentuale Aufteilungsverhältnisse und auf die Konkurrenz um Ressourcen zwischen Landes- und Kreisebene sowie Zusammenschlüssen und sonstigen Gliederungen reduziert, sondern den Landesverband auch finanziell als Ganzes begreift und die Ressourcenverteilung anhand der Priorisierung von Aufgaben solidarisch löst.
Über das neue Finanzkonzept, das derzeit von Finanzbeirat und AG Finanzen entwickelt und für eine Diskussion- und Beschlussfassung zur gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden im Juli 2022 vorbereitet wird, entscheidet die nächste Tagung des Landesparteitages endgültig.

Da das neue Finanzkonzept in erster Linie Grundprinzipien der Neuaufteilung der Finanzströme festlegt, muss der Landesverband allerdings noch einige zumindest an manchen Punkten offene Entscheidungsfragen beantworten, um diesen Prozess abschließen zu können. Auch wenn die Entlastung des Ehrenamtes von Verwaltungsaufgaben klares Ziel der Strukturdebatte ist, gibt es zum Teil sehr unterschiedliche Standpunkte im Landesverband zur Frage, welche Aufgaben in der Partei ehrenamtlich erledigt werden können und sollen bzw. welche Aufgabenerfüllung wir professionalisieren wollen oder müssen. Ebenso steht immer wieder die scheinbare Frage nach Zentralisierung versus Regionalisierung im Raum, die gleichfalls etwas mit der politischen Entscheidung über die Priorisierung von Aufgaben zu tun hat und eng mit der Frage verbunden ist, wie und wo wir, wie viel hauptamtliches Personal einsetzen wollen. Daher wird der Landesvorstand beauftragt, bis Ende Juni 2022 Modelle für die Lösung dieser Fragen zu erarbeiten und diese mit den Gliederungen im Vorfeld der nächsten Tagung des Landesparteitages zu diskutieren.

## 5. LINKE Sachsen 2.0: Wo wollen wir 2025 stehen?

Wer sich selbst verändert, kann auch die Welt verändern - wer die Welt verändern will, sollte wissen, wie eine neu gestaltete Welt aussehen soll. Nun geht es zunächst nicht um die Welt, sondern um den Landesverband Sachsen und seine Verantwortung gegenüber mehr als 7.000 Genoss*innen, mehreren 100.000 Wähler*innen und vielen anderen Menschen, deren Interessen wir vertreten. Den eigenen Laden in den Griff zu bekommen, zeigt auch: Wir können Veränderungen schaffen!

In diesem Sinne arbeiten wir, der Landesverband DIE LINKE. Sachsen, weiter intensiv an der Neuaufstellung und Verbesserung unserer Strukturen und Arbeitsweisen um folgende Zukunftsvision bis 2025 umzusetzen:

In allen Landkreisen gibt es funktionierende Mechanismen der Neumitgliederbetreuung, die es „neuen“ Genoss*innen ermöglichen unsere Partei kennenzulernen, sich selbstbestimmt aktiv an der politischen Arbeit zu beteiligen und so eine stabile Bindung zu unserer Partei aufzubauen.

Die Mitgliederarbeit in den Kreisverbänden wird dabei von der Landesgeschäftsstelle unterstützt und es findet ein regelmäßiger „Best practice“-Austausch in bestimmten Themenfeldern zwischen den Kreisverbänden statt.

Die Genoss*innen in den Kreisverbänden und Kreisvorständen werden durch professionelle Strukturen der Partei von bürokratischen und administrativen Aufgaben wie der arbeitsaufwändigen Finanzbuchhaltung und Mitgliederdatenpflege weitgehend entlastet. Wir haben dadurch als ehrenamtliche Genoss*innen wieder mehr Zeit für die politische Arbeit.

Wir haben die Vernetzung und Kommunikation zwischen den Ebenen der Partei und allen parlamentarischen Gliederungen der Linken noch weiter verbessert, was Synergien schafft, Transparenz fördert und unsere Außenwirkung stärkt.

In den Regionen findet ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreisverbänden, Kreistags- und Stadtratsfraktionen, Mitgliedern von Gemeinderäten, MdLs und MdBs statt. Dadurch sind wir noch besser in der Lage politische Kampagnen vor Ort umzusetzen und werden dabei von den Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion unterstützt.

Durch die Weiterbildungsangebote im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hat jeder Kreisverband mehrere Genoss*innen, die in der Lage sind, hochwertige Layouts zu erstellen und professionelle Social Media Arbeit zu betreiben, die von der Landesgeschäftsstelle unterstützt und begleitet wird.

Die Kreis- und Stadtverbände unterstützen sich dabei gegenseitig mit Know How und Personal um strukturelle Unterschiede auszugleichen.

Durch gestraffte Strukturen, den weiteren Ausbau digitaler Infrastruktur und Kommunikationsformate reduzieren wir die Anzahl von Ämtern und Sitzungen und schaffen gleichzeitig mehr Transparenz, Austausch und Beteiligung.

***Struktur- und Qualitätsmanagement schaffen***

Noch vorhandene Schwachstellen der Strukturanalyse unseres Landesverbandes beheben wir, indem wir u.a. die konkrete Aufgabenerledigung in den Gliederungen evaluieren und Transparenz schaffen, was im Landesverband derzeit ehren- und was hauptamtlich erledigt wird. Daraus und aus den Ergebnissen der Mitgliederbefragung sowie dem Mitgliederkonzept 2018, der Mitgliederbefragung 2020, den Strukturdebatten seit 2019 und der Finanzdebatte erarbeiten wir einen Strukturentwicklungsplan für den Landesverband. Dieser hat vorerst die Zielperspektive 2026, wird mit Ziel- und Handlungsdefinitionen für die kommenden Jahre untersetzt und soll alle zwei Jahre evaluiert werden.

In einem zweiten Schritt werden wir 2023 unter Einbeziehung von externen Wissenschaftler*innen, Interessenverbänden und Bewegungen die gesellschaftliche Rolle der LINKEN in Sachsen diskutieren und Handlungsschritte ableiten.

***Professionelle und vernetzte Kommunalpolitik***

Für Kommunalpolitik gibt es in der Landesgeschäftsstelle und in der Landtagsfraktion je eine

Ansprechperson, die die Kreis- und Ortsverbände aufsuchen und aktiv bei der Kommunalpolitik unterstützt. Parlamentarische Kampagnen werden dabei gemeinsam betrieben und spiegeln sich in Form von Anfragen, Anträgen und Öffentlichkeitsarbeit auf mehreren parlamentarischen Ebenen gleichzeitig wieder. Es wird ein Mentoringsystem erarbeitet. Dazu gibt es einen Organizing-Prozess zu vier modellhaften Themen (maximal ein Projekt pro Metropole, Mittelzentrum und Kleinstadt/Gemeinde sowie zu einem Kreisverband/kreisverbandsübergreifend). Ergänzend dazu greifen die Kreis- und Ortsverbände stärker auf die Bildungsangebote des Kommunalpolitischen Forums Sachsen zurück.

Als eine der wichtigsten Aufgaben für die nächsten Jahre, beginnen wir umgehend damit die Kommunalwahlen für 2024 vorzubereiten. Wir kämpfen darum die Anzahl unserer Kommunalmandate flächendeckend wieder zu erhöhen und dort wo nötig den Generationswechsel in den Stadt- und Gemeinderäten zu vollziehen. Dazu suchen wir gemeinsam Kandidat*innen und bereiten diese langfristig auf ihre Aufgaben vor. Unser Ziel ist es, in allen Gemeinden ab 5.000 Einwohner*innen mit mindestens zwei Vertreter*innen der LINKEN/linker Listen in den kommunalen Gremien (Stadt- oder Gemeinderat) bzw. in Gemeinden unter 5.000 Einwohner*innen mit einer Person vertreten zu sein.

***Professionelles Auftreten nach außen***

Den Prozess der Professionalisierung der Medien- und Pressearbeit setzen wir fort. Die Landesgeschäftsstelle unterstützt dabei die Kreisverbände sowie landesweiten Zusammenschlüsse vor Ort und hilft eigene Kompetenzen aufzubauen.

***Professionelle Strukturen nach innen***

Es gibt in allen kreisfreien Städten und Landkreisen mindestens je ein Büro der Partei oder ihrer Abgeordneten aus Landtag, Bundestag oder Europaparlament, in denen hauptamtlich beschäftigte Personen regelmäßig vor Ort und ansprechbar sind. Dadurch werden mehr zeitliche und personelle Ressourcen für die Kreisverbände zur politischen Arbeit frei.

Wir setzen die Evaluierung unserer Bürostrukturen fort und entwickeln zusammen mit unseren Abgeordneten und Fraktionen sowie den Kreis- und Ortsverbänden bis Ende 2023 konkrete Konzepte wie viele Büros wir vor Ort brauchen, welche Rolle und Funktion sie für uns haben und wie wir sie attraktiv mit Leben füllen können.

***Inhaltliche Arbeit stärken – auf dem Weg zur Partei der Projekte***

Wir stärken die Diskurs- und Reaktionsfähigkeit des Landesverbandes auf politisch-inhaltlicher Ebene.
Dafür:

- stärken wir die Rolle der Landesweiten Zusammenschlüsse,
- ermutigen wir Genoss*innen zu mehr konkreten Themenfeldern dauerhafte oder temporäre Zusammenschlüsse zu bilden,
- vernetzen wir diese besser mit den jeweiligen Fachpolitiker:innen unserer Fraktionen,
- erhöhen wir die Unterstützung der inhaltlich arbeitenden Gruppen durch die Landesgeschäftsstelle und regen an, in allen Kreisverbänden ebenfalls mehr lokale inhaltliche Arbeitsgruppen zu bilden und diese über die LAG miteinander zu vernetzen,
- fördern wir Sommerakademie, Mentoringprogramme und Neumitgliederversammlungen, um inhaltliche Auseinandersetzungen über die LAG hinaus zu fördern.

## 6. Vielfalt im Landesverband stärken

Eine Parteireform kann nicht gelingen, wenn wir versuchen die Menschen, die wir für uns gewinnen wollen, an die Strukturen und die politische Kultur der Partei anzupassen. Als Partei,

die emanzipatorische Politik glaubhaft nach außen mit Leben füllen und nicht in einer Stellvertreterpolitik für bestimmte gesellschaftliche Gruppen verharren will, sind wir uns deshalb bewusst, dass Veränderungen sich immer an den spezifischen Bedürfnissen bestimmter Teile der Mitgliedschaft orientieren müssen.
Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass bei unserer Attraktivität und Anschlussfähigkeit für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund oder bei unserer Inklusionsarbeit noch Luft nach oben ist.
DIE LINKE Sachsen stellt sich auch dieser Herausforderung und erarbeitet dazu konkrete Maßnahmen.

***Warum wir Gleichstellung brauchen – Frauenförderplan erarbeiten***

Frauen werden in unserer Gesellschaft nach wie vor gegenüber Männern benachteiligt. Die Nach- und Auswirkungen einer patriarchalen Gesellschaft spüren wir auch in unserer Partei, gerade im kulturellen Umgang miteinander und in Bezug auf die gesellschaftliche Verteilung von Zeit. Danach steht Frauen gesellschaftlich oft weniger freie Zeit zur Verfügung als Männern.
Im Landesverband Sachsen beträgt der Frauenanteil derzeit 42%. Die Quotierung soll in unserer Partei eines der wesentlichen Instrumente zur Gleichstellung sein. Durch den absinkenden Frauenanteil in der Partei und insbesondere den sehr niedrigen Frauenanteil in der Gruppe der jüngeren Neumitglieder wird einerseits auf absehbare Zeit die Arbeitsbelastung für Frauen weiter zunehmen und andererseits droht die Quotierung bei Beibehaltung der bisherigen Strukturen ins Gegenteil umzuschlagen. Bereits jetzt finden viele Kreis- und Ortsverbände nur noch mühsam Genossinnen, die sich als Delegierte, Vorsitzende, Vorstandsmitglieder etc. zur Verfügung stellen.
Zahlreiche Genossinnen, gerade der jüngeren und mittleren Altersgruppen, kennen die Situation, quasi ständig für (neue) Funktionen angefragt zu werden, und befinden sich in Folge dessen häufig in Doppel- und Mehrfachfunktionen. Auf den gemischten Listen gibt es hingegen meist immer und überall noch genug Andrang.
Durch die beständig steigende Mehrfachbelastung des weiblichen Teils unserer Mitgliedschaft drohen wir als Gesamtpartei eben jenen (schrumpfenden) Teil der Partei zunehmend „kaputt zu spielen“ und zu verschleißen. Eine wachsende Zahl von Ausnahmen oder gar die Abschaffung der Quote können und dürfen indes nicht als Lösungsansätze dieses Problems gelten. Vielmehr müssen wir die Strukturen unserer Partei derart anpassen, dass die Erfüllung der Quote, welche sich bisher in unserer Partei hinsichtlich der Gleichstellung als auch der Personalentwicklung durchaus als sehr wertvolles Instrument erwiesen hat, wieder möglich wird, ohne die beschriebenen negativen Begleiterscheinungen zu maximieren.
Das heißt letztlich: Nicht weniger Frauen in den Gremien, sondern kleinere Gremien und/oder die Schaffung von Bedingungen, die die Mitarbeit für mehr Frauen ermöglicht.

Um diese Entwicklungen umzukehren, erarbeitet der Landesverband bis Endes des Jahres 2022 einen konkreten und langfristigen Maßnahmenplan zur Förderung von FLINTA* in unserer Partei, zum Abbau von Sexismus sowie für ein Diversity Management. Dieser Maßnahmenplan soll eine Neuausrichtung unserer Strukturen und Praxis auf familienfreundliche Rahmenbedingungen beinhalten, Wege aufzeigen wie wir mehr Räume für feministische Politikentwicklung schaffen können und mit einer Evaluierung und Veränderung unserer Sitzungszeiten, Arbeitsweisen und Sprachkultur einhergehen.

***Angebote und Anschlussfähigkeit der Partei für Menschen mit Migrationsgeschichte ausbauen***

Parallel dazu müssen wir langfristig mehr Menschen mit Migrationshintergrund, Black, Indigenous and People of Color (BIPoC) für uns begeistern und werden deshalb ein Konzept für deren differenzierte Ansprache und Einbindung erarbeiten, das Bedürfnisse und Wünsche der BIPoC für die eigene politische Arbeit erfasst und abbildet.

***gelebte Inklusion nach innen***

[kurzer Absatz zur Verbesserung der Inklusion im Landesverband]

## 7. Inhaltliche Selbstverständigung - Ausblick

Nicht erst seit der Bundestagswahl ist klar, dass wir eine programmatische Verständigung benötigen. Gesellschaftliche Notstände, Klimakatastrophen und nicht zuletzt der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine stellen die Partei immer wieder inhaltlich auf die Probe. Das Erfurter Programm, so gut und modern es 2011 die gesellschaftlichen Herausforderungen beschrieben hat, muss insbesondere auf die neuen existenziellen Herausforderungen der Gegenwart reagieren.

Leider vermag die Bundesebene bis jetzt nicht diese Verständigung anzustoßen. Und eine Verständigung ist dringend geboten. Zu viele Fragen, zu viele Standpunkte sind bis jetzt ungeklärt. Wie wollen wir uns als Partei zur Europafrage positionieren? Wie sieht unsere Friedensmeinung in Zeiten eines digitalen und real durchgeführten Wirtschaftskrieges aus? Wie stellen wir uns eine linke Partei im 21. Jahrhundert vor, welche Visionen und Utopien setzen wir der kapitalistischen Realität entgegen und wie wollen wir diese verwirklichen? Kurz um: wofür steht diese Partei?

Im Rahmen einer Programmdebatte kann dieser Landesverband diese Fragen für die Bundesebene schon einmal aufwerfen und anfänglich beantworten. Wir haben die einzigartige Möglichkeit ein Modellverfahren zu entwerfen, in welchem wir alle, ob alt oder jung, schon lang dabei oder frisch eingetreten miteinander, auf Augenhöhe, diese Fragen diskutieren und für uns beantworten.

Deshalb entwickelt der Landesverband in enger Abstimmung mit den Stadt- und Kreisverbänden eine Konzeption zur Durchführung einer Programmdebatte mit dem Ziel, nach einem Jahr der strukturierten Diskussion mögliche Ergebnisse einem Landesparteitag im Jahr 2023 vorzulegen. Mit dem Beschluss über die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt verfügt der Landesvorstand bereits über eine ständige Struktur, die ebenso wie die Grundsatzkommission den Diskussionsprozess tragen bzw. unterstützen kann.